

Der Antrag B 174 zum ver.di-Bundeskongress 19.-25. Oktober 2003 in Berlin wurde in folgender Fassung angenommen:

HGF-Tradition Zivilforschung - Gegen militärische und gegen zivil-militärische Forschung

ver.di bekräftigt die Forderung, dass die Forschungstätigkeit in den öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft (HGF - früher Großforschungseinrichtungen) wie bisher auf zivile Forschung beschränkt bleibt.

Die Anschläge vom 11. September 2001 in den USA rechtfertigen nicht die Ausweitung auf militärische oder zivil-militärische Forschung (dual-use). ver.di lehnt dieses ab und wird diese Ablehnung gegenüber der Bundesregierung nachdrücklich vertreten.

Alle Vertrauensleute und Betriebs- und Personalräte werden ermutigt, gegen bekannt werdende Forschungs- und Entwicklungsprojekte dieser Art Protest zu erheben. ver.di sagt ihnen und den Beschäftigten, die sich weigern an derartigen Projekten mitzuarbeiten, öffentlichkeitswirksame und gegebenenfalls rechtliche Unterstützung zu.

Begründung:

Die Forschung in den HGF-Zentren ist traditionell und aus guten Gründen auf rein zivile Zwecke orientiert. In mehreren Zentren ist die ausschließlich friedliche Zielsetzung der Forschung satzungsmäßig festgeschrieben. Die einzige Ausnahme bildet die DLR (Deutsches Forschungszentrum für Luft- und Raumfahrt), in der zivile und militärische Forschung in getrennt ausgewiesenen Haushalten betrieben wird.

Die Mitarbeit an ausschließlich ziviler Forschung entspricht dem Selbstverständnis der Wissenschaftlerinnen, die sich bei mehreren Gelegenheiten mit Aktionen gegen Militarisierungspläne gewandt haben, zum Beispiel 1985/86 gegen SDI-Forschung und 1993 gegen Absichten der CDU/CSU-Forschungsgruppe im Bundestag, die Trennung der zivilen von der militärischen Forschung aufzuheben.

Im Februar 2002 betonte eine HGF-Kommission den veränderten Stellenwert der wehrtechnischen Forschung nach dem 11. September 2001 und wies darauf hin, dass dies auch Auswirkungen auf die HGF-Forschungsaktivitäten haben kann. Auf Nachfrage eines Betriebsrates erklärte der HGF-Präsident, dass es gegenwärtig keine konkreten Pläne gebe. Da sich die HGF-Forschung nach staatlichen Zielsetzungen, wie zum Beispiel Sicherheit, Verteidigung und Terrorismusabwehr zu richten habe, sei wehrtechnische Forschung in der HGF denkbar, zum Beispiel Impfstoffentwicklung gegen terroristische Angriffe mit Biowaffen.

Abgesehen davon, dass Abwehrforschung gegen Angriffswaffen die technischen Voraussetzungen für die Herstellung eigener Waffen liefert, wird heute immer klarer, dass Sicherheit nicht durch technisch-wissenschaftliche Mittel, sondern nur durch weltweite Gerechtigkeit geschaffen werden kann.

Unser Vorsitzender, Kollege Frank Bsirske, versicherte, dass er sich als HGF-Senatsmitglied dafür einsetzen wird, die zivile Forschung zu erhalten und dass er einer Ausweitung der militärischen Forschung auf andere Zentren entgegentreten wird.